

II-384 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

8.2.1967

176/J

A n f r a g e

der Abgeordneten F r ü h b a u e r , U l b r i c h , S t e i n m a ß l
 und Genossen

an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen,
 betreffend die Aufhebung des § 2 Abs.1 lit.h der Vordienstzeitenkund-
 machung 1958 für ÖBB-Beamte, BGBl.Nr.39/1958, und des § 13 Abs.5 lit.h
 der Dienst- und Lohnordnung für die für den vorübergehenden Bedarf aufge-
 nommenen Bediensteten der ÖBB, BGBl.Nr.96/1954, wegen Gesetzeswidrigkeit.

-.--.-.-.-

Die Bestimmungen des § 3 Abs.1 lit.h der Vertragsbediensteten-Vor-
 dienstzeitenverordnung 1959, BGBl. Nr.188, wonach Zeiträume, für die der
 Vertragsbedienstete aus inländischen öffentlichen Mitteln oder in der
 Zeit vom 13. März 1938 bis 27. April 1945 aus öffentlichen Mitteln eine
Abfertigung erhalten hat, sofern er die Abfertigung nicht rückerstattet,
 für die Vorrückung in höhere Bezüge nicht anrechenbar sind, hat der Ver-
 fassungsgerichtshof mit dem Erkenntnis vom 1. Oktober 1965, V 17/65,
 verlautbart im BGBl. Nr. 345/1965, als gesetzeswidrig aufgehoben.

Zufolge dieses grundsätzlichen Erkenntnisses des Verfassungsgerichts-
 hofes ist abzuleiten, daß die gleichlautenden Bestimmungen des § 2 Abs.1
 lit.h der Vordienstzeitenkundmachung 1958 für die Beamten der Öster-
 reichischen Bundesbahnen, verlautbart als Kundmachung des Bundesministeriums
 für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vom 20. Feber 1958 im BGBl.Nr.39
 aus 1958, und des § 13 Abs.5 lit.h der Dienst- und Lohnordnung für die für
 den vorübergehenden Bedarf aufgenommenen Bediensteten der Österreichischen
 Bundesbahnen, BGBl. Nr.96/1954, ebenso gesetzeswidrig sind.

Trotz diesem Erkenntnis werden aber nach wie vor von ÖBB-Bediensteten,
 die um Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge
 ansuchen, Rückzahlungserklärungen verlangt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister
 für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen folgende

A n f r a g e n :

1.) Warum wurde dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes im Bereich
 der Österreichischen Bundesbahnen bisher nicht entsprochen?

2.) Sind Sie bereit, umgehendst einen diesbezüglichen Verordnungs-
 entwurf dem Parlament zuzuleiten?

-.--.-.-.-